

## **Programm der Französischen Präsidentschaft des Rates der Europäischen Union in Bezug auf Drogen und Drogensucht**

### **Die Prioritäten der französischen Ratspräsidentschaft**

1/ Die französische EU-Ratspräsidentschaft will sich auf vier thematische Prioritäten (Einwanderung, Energie, Umwelt, Verteidigung) sowie vier transversale Achsen (Europa des Wachstums, Schutz der Bürger, Europa der Zukunft, Europa auf der internationalen Bühne) konzentrieren. Bei der den Schutz der Bürger umfassenden Achse stellt die Bekämpfung von Drogen und Drogensucht ein konstantes Ziel von ständiger Aktualität dar, das erreicht werden kann, indem auf operative und konkrete Weise Maßnahmen vorangetrieben werden.

In Bezug auf die das Europa auf der internationalen Bühne umfassenden Achse wird die Ratspräsidentschaft alles daran setzen, die nationalen Positionen im Hinblick auf Drogen zu koordinieren, damit Europa in den internationalen Instanzen mit einer Stimme sprechen kann.

2/ Im zweiten Halbjahr 2008 soll die Ratspräsidentschaft insbesondere:

- die Verhandlungen über den neuen EU-Aktionsplan gegen Drogen für den Zeitraum 2009-2012 vorantreiben,
- die Vorbereitungen der EU-Positionen im Hinblick auf das im März bei den Vereinten Nationen in Wien vorgesehene Treffen auf hoher Ebene fortzusetzen, bei dem die Leitlinien der internationalen Strategie gegen Drogen und Drogensucht für die kommenden Jahre festgelegt werden sollen.

Diese beiden Aufgabenbereiche stellen eine einzigartige Gelegenheit zur Stärkung und Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der EU und gegenüber Drittstaaten beim gemeinsamen Kampf gegen Drogen und Drogensucht dar.

3/ Die Basisziele müssen zum einen die Suche nach größerer Effizienz (sprich die Erzielung einer realen und messbaren Wirkung auf die Drogenlage in unseren Ländern), zum anderen eine Verbesserung der Kommunikation rund um die geplanten Maßnahmen sein, damit diese den Bürgern besser bekannt sind und verstanden werden.

4/ Bei Einhaltung dieser Richtlinien können die folgenden politischen Ziele erreicht werden:

- Stärkung des Status und der politischen Autorität der Horizontalen Drogengruppe entsprechend der von der EU- Strategie gegen Drogen (2005-2012) festgelegten Ausrichtung
- Erstellung eines EU-Aktionsplans für den Zeitraum 2009-2012, der tatsächlich in der Lage ist, die momentane Drogensituation in unseren Ländern zu beeinflussen.

- Fähigkeit, im März 2009 bei den Vereinten Nationen eine klare gemeinsame EU-Position vertreten zu können, welche für Europa selbst und für die internationale Gemeinschaft einen Mehrwert darstellt.

5/ Damit dies erreicht werden kann, schlägt die Ratspräsidentschaft eine Untersuchung der folgenden möglichen Entwicklungen in Bezug auf die HDG und den Aktionsplan vor:

- Erstellen einer gemeinsamen Analyse über die Gefährdungssituation (auf äußerer und interner Ebene)
- Die gemeinschaftliche Nutzung der nationalen Mittel auf europäischer Ebene, die Konvergenz der Arbeitsweise und den Austausch von Erfahrungen, insbesondere wissenschaftlicher Natur, zur Schlüsselachse für die gesundheitliche Prävention und Betreuung, für die Forschung sowie für die Bekämpfung des Drogenhandels innerhalb der EU und in Drittstaaten zu machen.
- Vereinfachung und Konzentration des zukünftigen Aktionsplans
- Stärkung der rechtlichen Dimension bei der Zusammenarbeit im Bereich Repression zwischen den Mitgliedsstaaten und mit Drittländern was Drogen anbelangt.
- Stärkung der Instrumente zur Identifizierung, Beschlagnahme und Teilung der Geldmittel kriminellen Ursprungs, wobei dieses Ziel nicht ausschließlich an die HDG gebunden ist.
- Überlegungen zur Positionierung und Funktion der HDG, damit diese ihren Aktionsradius auf Alkohol ausdehnen kann, ist dieser doch an die Verwendung unerlaubter Drogen und der Problematik des massiven Missbrauchs gebunden.
- Verbesserung der Kommunikation in Richtung Öffentlichkeit
- Daran anschließend Untersuchung der Verbreitungsmöglichkeiten primärer Präventionsbotschaften für Jugendliche durch die neuen Medien.

6/ Was die Außenbeziehungen anbelangt, so sollen diese Richtlinien uns dazu anhalten, den Dialog der EU mit folgenden Akteuren zu erhalten, zu erneuern oder einzuleiten:

- Mit den traditionellen Gesprächspartnern: die Länder Lateinamerikas und der Karibik, Russland, Vereinigte Staaten
- Mit kürzlich aufgetretenen oder erneut aufzusuchenden Gesprächspartnern: ECOWAS und Mauretanien einerseits, Zentralasien andererseits,
- Mit neuen Gesprächspartnern: Marokko.

Mit Hilfe ihrer Partner, der EU-Kommission, des Generalsekretariats des Rates und der entsprechenden europäischen Agenturen (OEDT, Europol, Eurojust), unter Einbeziehung der multilateralen Gesprächspartner (Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung, Europarat/Pompidou- Gruppe, WHO) will die französische Ratspräsidentschaft die politische Dringlichkeit und Sichtbarkeit der Drogenproblematik in Europa stärken und die Effizienz der gemeinsamen Maßnahmen verbessern.